

18. Wahlperiode

## **Dringlicher Antrag**

der Fraktion der CDU

### **Entwicklung im Blankenburger Süden nicht durch KommunikationsGAU der Senatorin gefährden**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass die Anwohnerinnen und Anwohner transparent und kontinuierlich über die Entwicklungen im Blankenburger Süden informiert werden. Hierbei sind die über die letzten zwei Jahre vermittelten wesentlichen Parameter und Grundlagen der geplanten Entwicklung im Sinne von Klarheit und Wahrheit zu beachten. Die Akzeptanz für das wichtige Entwicklungsvorhaben darf durch das Verhalten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen nicht dauerhaft beschädigt werden. Es gilt, unverzüglich das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen. Hierfür ist im nächsten Verfahrensschritt zwingend nachzuweisen, wie eine leistungsfähige Infrastruktur die Verkehrsanbindung des Blankenburger Südens garantieren kann.

#### ***Begründung:***

Mit ihrer verwirrenden Kommunikation gefährdet die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen die breite Akzeptanz für das außerordentlich wichtige Entwicklungsvorhaben im Blankenburger Süden. Die in der bereits seit zwei Jahren laufenden Kommunikation der Senatsverwaltung vermittelten Parameter dürfen nicht über Nacht in Frage gestellt werden. Die Entstehung des neuen Stadtteils darf nicht an der Unfähigkeit der Bausenatorin scheitern. Voraussetzung für eine gute Planung sind Klarheit und Wahrheit in dem bisher zielführenden Beteiligungsverfahren. Das Partizipationsmodell von Frau Senatorin Lompscher hat an dieser Stelle versagt.

Auch das Vertrauen der Berliner Wirtschaft in den Erhalt dringend benötigter Gewerbeflächen an dem Standort darf nicht enttäuscht werden. Es darf keine Situation entstehen, bei der Gewerbeflächen und Wohnungsbau gegeneinander ausgespielt werden. Beides ist für die Entwicklung des Standortes wichtig.

Die Erschließung des Blankenburger Südens ist durch ein fundiertes Verkehrskonzept abzusichern, damit sich das Potenzial des Standortes vollumfänglich entfalten kann.

Berlin, den 06. März 2018

Graf Evers Freymark Dr. Ludewig  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU